D. Selbständige

Ausgabe für
die neuen
Bundesländer

OFFIZIELLES ORGAN DES BUNDES DER SELBSTÄNDIGEN – DEUTSCHER GEWERBEVERBAND E.V.

Jahrgang 1 / Nr. 5 Erscheint monatlich Druckauflage: 30 000 November 1990 ISSN 0938-524X

Vereinigungsverbandstag des BDS Ost und West am 6. Oktober in
Bremen:

BDS Deutschland gegründet

Mehr als 300 Delegierte aus 17 BDS-Landesverbänden aus ganz Deutschland kamen am 6. Oktober 1990 in der Bremer Stadthalle zum historischen Vereinigungsverbandstag des BDS Ost und West zusammen. Nach den Tätigkeitsberichten des BDS-Präsidenten Willi-Peter Sick, dem Präsidenten des BDS der DDR Klaus Noack und Bundesgeschäftsführer Hans-Wilhelm Dünner, in denen die Verbandsentwicklung seit der letzten Bundesverbandstagung und der Aufbau des BDS der DDR seit dessen Gründung am 8. Dezember 1989 in Ostberlin nachgezeichnet wurden, führte BDS-Präsident Willi-Peter Sick die verbandsgeschichtlich bedeutende Abstimmung zur Vereinigung beider Verbände mit folgenden Worten durch: „Sie werden mir vielleicht anmerken, daß ich mich bemühe, betont auf die Sache bezogen zu sein, denn die Verführung hier heute pathetisch zu werden, ist natürlich sehr groß. Der nächste Tagungsordnungspunkt ist der entscheidende Tagungsordnungspunkt. Ich frage Sie, wollen wir uns zusammenschließen zu einem Bund der Selbständigen in Deutschland, dann stimmen Sie zu und erheben Ihre Karte.“ Nach Feststellung eines einstimmigen Abstimmungsergebnisses ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen stellte Präsident Sick weiter fest: „Meine Damen und Herren, liebe Freunde, damit ist dieser Akt vollzogen. Es gibt nur noch einen Bund der Selbständigen in Deutschland!“ Sicks Worten folgte lang anhaltender Beifall, bei dem sich alle Anwesenden von ihren Plätzen erhoben.

Auch die weiteren Punkte der Tagungsordnung waren von verbandsgeschichtlicher Bedeutung. So wurde die Satzung in wesentlichen Teilen neugefaßt. Der BDS Deutschland führt nunmehr den offiziellen Namen „Bund der Selbständigen — Deutscher Gewerbeverband e. V.“ Er hat seinen Sitz weiterhin in Bonn und unterhält eine Außenstelle in Berlin zur Betreuung der neuen Bundesländer und als Kontaktstelle zu den Außenstellen Bonner Ministerien in Berlin. 17 Landesverbände gehören dem BDS nunmehr an. Die Landesverbände Berlin-West und Berlin-Ost sowie Mecklenburg und Vorpommern firmieren für die Aufbauphase vorläufig als eigenständige Landesverbände.

Neu ist auch die Verleihung einer Ehrenmitgliedschaft des BDS, die aus der Satzung des bisherigen BDS der DDR ebenso wie die von diesem bestimmten Ehrenmitglieder übernommen wurde.

Präsident des BDS Deutschland bleibt Willi-Peter Sick. Auch das Mandat der im vergangenen Jahr neugewählten Vizepräsidenten Hugo Kunzi, Georg Ries und Siglind Wanschka läuft bis zum Ende der Legislaturperiode 1992 weiter. Als weiterer Vizepräsident wurde Klaus Noack, bisher Präsident des BDS der DDR, von der Bremer Generalversammlung einstimmig in den Präsidialrat gewählt, der gleichzeitig als Sonderbeauftragter des BDS für die neuen Bundesländer bestellt wurde. Die Zahlen der vom Präsidium in den Präsidialrat entsandten Landesvorsitzenden wurde auf drei erhöht. Hier wurde der Vorsitzende des Landesverbandes Sachsen, Helmut Johne aus Dresden gewählt, die Mandate des Präsidenten des Landesverbandes Baden-Württemberg, Rolf Kurz, und des Vorsitzenden des Landesverbandes Bayern, Helmut Kruczek, laufen weiter bis 1992. Als dritter Vertreter der neuen Bundesländer wurde Dieter Froese, bislang Schatzmeister des BDS der DDR, in den Präsidialrat kooptiert, dem auch weiterhin der Schatzmeister des BDS-Landesverbandes Baden-Württemberg, Kurt Franke, als kooptiertes Mitglied angehört.

Erstmals beschlossen die Selbständigen aus ganz Deutschland in Bremen eine gemeinsame in den Arbeitskreissitzungen für Wirtschafts-, Steuer-, und Sozialpolitik erarbeitete Resolution mit zentralen Forderungen zur Mittelstandspolitik. Den Wortlaut finden Sie in dieser Zeitung auf Seite 4 abgedruckt.

Die darin enthaltene Forderung nach einer vorgezogenen Unternehmenssteuerreform für mittelständische Unternehmen in den neuen Bundesländern fand einen unerwarteten Verfechter in den Festredner der Mittelstandskundgebung am 6. Oktober, dem Staatssekretär im Bundesfinanzministerium Manfred Carstens. Carstens versprach nicht nur, daß es die von Vertretern der Opposition aber auch von einzelnen Politikern in den eigenen Reihen geforderten Steuererhöhungen nicht geben werde, sondern machte den mittelständischen Unternehmern sogar Hoffnungen auf weitere Steuersenkungen: „Ich kann mir überhaupt keine Situation vorstellen, wo ich sagen möchte, wir erhöhen die Steuern.“ Vor dem Hintergrund der europäischen Harmonisierungsbemühungen müsse die Bundesrepublik als Standort hinsichtlich der Steuerbelastungen für Unternehmer attraktiver werden. Es bestehe daher Handlungsbedarf vor allem bei der Unternehmensbesteuerung. „Die Unternehmen müssen steuerlich entlastet werden um Investitionsbedingungen attraktiv zu gestalten.“

Die einzelnen Elemente und der Terminplan der künftigen Steuersenkungen müssen nach Carstens Ansicht jedoch in den Rahmen der Vereinigungsaufgaben eingefaßt werden. Die Bundesregierung habe zur Vorbereitung in der steuerpolitischen Entscheidung eine Sachverständigenkommission eingesetzt, die Anfang nächsten Jahres ihren Bericht vorlegen werde. Auf dieser Grundlage werde dann über die Frage der künftigen steuerlichen Entlastung von Betrieben und Arbeitsplätzen entschieden, sobald die Anforderungen an die öffentlichen Haushalte, die sich aus dem Vereinigungsprozeß ergeben, überschaubar seien. Angesichts der nationalen Herausforderung brauche die Bundesrepublik günstige Voraussetzungen, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Steuererhöhungen wären nach Carstens Ansicht zur Bewältigung der Kosten zur Deutschen Einheit der falsche Weg. Die ausgezeichnete Konstellation der Konjunktur erlaube eine Finanzierung auch ohne Steuererhöhungen. Andererseits müsse die deutsche Wirtschaft gerade jetzt im Hinblick auf den enormen Investitionsbedarf in den neuen Bundesländern leistungsfähig bleiben. Der Mittelstand als Herz und Motor der

Gesamtdeutschen Wirtschaft brauche daher günstige Rahmenbedingungen um die nötigen Entfaltungsmöglichkeiten zu schaffen. „Auch in dem vereinten Deutschland wird weiter ein mittelstandsfreundlicher Kurs der Wirtschafts- und Finanzpolitik gefahren werden“, sagte Carstens abschließend.

BDS-Präsident Willi-Peter Sick bedankte sich bei Staatssekretär Carstens für die Klarstellung eines führenden Vertreters des verantwortlichen Finanzministeriums zur Frage der Steuererhöhungen. Gleichzeitig empfahl Sick zur Freisetzung von Investitionsspielräumen, den Unternehmen in den neuen Bundesländern deutliche Entlastungen bei den Ertrags- und Substanzsteuern zu geben, die „dann in fünf Jahren in der gesamten Bundesrepublik wirksam werden sollten“.

Weitere Berichte über die Bundesverbandstagung finden Sie auf den Seiten 2. bis 6. du